

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

54. Sitzung
3. September 2026

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 16.47 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Inhaltsprotokoll und Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Wir kommen jetzt zu einem der Highlights unserer heutigen Tagesordnung:

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**2. Schwarze Dekade – Neue Perspektiven für
Teilhabe und Chancengleichheit**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0272](#)
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Ich darf unsere Anzuhörenden, die Expertinnen heute, herzlich begrüßen. Ich mache das in alphabetischer Reihenfolge: Ich darf Frau Prof. Dr. Maisha Auma vom Wissensnetzwerk Rassismusforschung, Regionalnetzwerk Ost ganz herzlich begrüßen – herzlich willkommen! –. Dann darf ich Frau Katja Kinder herzlich begrüßen – sie ist Geschäftsführerin der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie – RAA – e. V. – und Frau Peggy Piesche von ADEFRA e. V.; ich hoffe, ich habe es richtig ausgesprochen. – Ihnen dreien noch mal herzlich willkommen und danke, dass Sie sich für uns Zeit nehmen!

Liebe Kolleginnen, ich nehme an, Sie möchten ein Wortprotokoll. – Es wird zustimmend genickt, dann verfahren wir so. Das ist ja nach unserer Geschäftsordnung möglich. – Für die Begründung des Besprechungsbedarfs darf ich dann Herrn Özdemir von der SPD-Fraktion das Wort das Wort geben. – Bitte sehr!

Orkan Özdemir (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herzlich willkommen bei uns im Ausschuss, nicht immer zum ersten Mal! Es freut uns, dass Sie sich die Zeit genommen haben. – Wir hatten die erste UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft, und bei deren Bewertung, die wir auch hier in diesem Haus vorgenommen haben, kam zum Vorschein, dass wir in Berlin schon vieles geschafft haben, aber – und das ist auch die Realität in unserer Stadt und unserem Land – dass der Rassismusmonitor beispielsweise zeigt, dass Schwarze Menschen in den unterschiedlichsten Feldern von Gesundheit über Wohnen bis Arbeit ganz besonders betroffen sind. Insofern ist es für uns spannend – und das möchten wir heute mit Ihnen noch mal erörtern –, wie dieser Weg, den wir gemeinsam gegangen sind, nun weitergehen könnte, und auf diese Diskussion freuen wir uns sehr.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann starten wir auch gleich mit der Anhörung und mit den Stellungnahmen der Anzuhörenden. Danach folgt die Runde der Abgeordneten; die Ausschussmitglieder können Fragen stellen. Ich bitte Sie, diese zu notieren. Sie haben dann am Ende noch mal die Gelegenheit, diese zu beantworten. Vor Ihnen, vor dem Monitor, ist unten auf dem Boden eine Uhr aufgestellt. Sobald Sie anfangen zu reden, startet die Uhr, und dann können Sie sich daran orientieren; gute fünf Minuten, wenn es eine Minute länger wird, werden wir das gemeinsam auch so hinnehmen. Wir freuen uns, dass Sie uns hier mit viel Wissen und Sachverstand zu dem Thema Informationen geben. Haben Sie sich verständigt, wer beginnen will? – Frau Kinder beginnt. – Dann bitte sehr, Frau Kinder!

Katja Kinder (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie – RAA – e. V.): Danke Ihnen, Frau Vorsitzende, und auch vor allen Dingen, dass wir hier überhaupt die Möglichkeit haben, noch mal unsere Anliegen zur UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft vorzustellen!

Liebe Anwesende! Die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft setzt einen klaren Rahmen: Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung für Schwarze, afrikanische und afro-diasporische Communitys. Dieselben haben diesen Rahmen mit Wissen, Forderungen und politischer Praxis gefüllt. Die Verankerung der UN-Dekade in Berlin war politischer Wille. Heute geht es darum, diesen politischen Willen zu erneuern, gerade in einer Zeit zunehmender politischer Verengung. Berlin hat die UN-Dekade bereits im Koalitionsvertrag 2016 und 2021 verankert und erste Maßnahmen auf den Weg gebracht. Im aktuellen Koalitionsvertrag fehlt diese ausdrückliche Verankerung. Für die zweite UN-Dekade 2025 bis 2034 brauchen wir deshalb eine erneute und verbindliche Verankerung auf Landesebene.

Ich habe vier Punkte, die ich vortragen möchte; der erste: Anti-Schwarzer Rassismus – Herr Özdemir hat es bereits angedeutet – ist strukturell. Der Monitoringbericht von EOTO von 2025 dokumentiert 500 Fälle von anti-Schwarzem Rassismus, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. 471 davon wurden ganz klar als rassistische Diskriminierung oder Gewalt eingeordnet, und auch das ist nur die Spitze des Eisbergs, das wissen wir. Anti-Schwarzer Rassismus findet statt – auch das hat Herr Özdemir gerade gesagt – beim Wohnen, bei der Arbeit, in Behörden, bei der Polizei, in der Bildung, in der Kultur und im öffentlichen Raum. Das ist kein individuelles Fehlverhalten, das ist ein Strukturproblem, das wir haben, und Strukturen verändern sich nicht durch Sensibilisierung allein, sie verändern sich durch Verantwortung, Ressourcen und verbindliches Handeln.

Ich komme zu meinem zweiten Punkt: staatliche Verantwortung statt Verlagerung auf die Communitys. Die RAA Berlin hat es in ihrer Broschüre zu anti-Schwarzem Rassismus so formuliert: Wir dürfen unsere Institutionen nicht alleinlassen. – Schwarze Zivilgesellschaft dokumentiert Rassismus, berät Betroffene, schafft Schutzräume, produziert Wissen und berät Politik. Sie leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag. Dafür braucht sie auch eine verlässliche und auskömmliche Förderung, aber wir müssen aufpassen, dass daraus keine Verlagerung staatlicher Verantwortung wird, denn die strukturellen Veränderungen, die es braucht, können nicht allein aus den Communitys heraus entstehen. Sie müssen dort stattfinden, wo Strukturen gemacht werden, nämlich in staatlichen Institutionen.

Ich komme zur Schwimmbadaffäre. Es ging hier um einen Schutzraum für Schwarze Kinder und Jugendliche: schwimmen, sich begegnen, frei sein von rassistischen Anfeindungen, die Schwarze Kinder und Jugendliche in dieser Stadt jeden Tag erleben; eine einfache, sinnvolle Maßnahme. Innerhalb kürzester Zeit wurde daraus eine Debatte über vermeintliche Diskriminierung von Weißen und sogar Apartheid. Es gab Drohungen und Gewaltandrohungen. Die Veranstaltung wurde abgesagt. Die Institution zog sich zurück, die Community blieb größtenteils allein. Dabei hätte es diese Debatte überhaupt nicht gebraucht. EOTO ist Träger der freien Jugendhilfe. Solche Träger ergänzen die Arbeit der Jugendämter und können selbstverständlich zielgruppenspezifische Angebote machen. Und dann passiert etwas, das wir inzwischen viel zu gut kennen: Die Zivilgesellschaft muss die Aufklärungsarbeit übernehmen, die eigentlich institutionell inhaltlich längst abgesichert sein müsste; nicht der Staat, nicht die Verwaltung, nicht die Politik, und genau das ist das Problem.

Was Berlin jetzt braucht; mein vierter Punkt: Wenn wir anti-Schwarzen Rassismus strukturell verändern wollen, brauchen wir eine verbindliche Landesstrategie gegen anti-Schwarzen Rassismus, mit klaren Zuständigkeiten, Ressourcen und überprüfbaren Maßnahmen. Und wir brauchen ein Umdenken bei der bisherigen Beauftragten- beziehungsweise bei der bisherigen

Ansprechpersonenstruktur. Ansprechpersonen für unterschiedliche Diskriminierungsformen arbeiten vielfach nebeneinander, aber Diskriminierung findet eben nicht nebeneinander statt; sie überschneidet sich. Deshalb brauchen wir eine Struktur, die unterschiedliche Formen von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung zusammendenkt und mit Gleichstellung und Queerpolitik verbindet. Denkbar wäre dafür eine oberste Landesbehörde gegen Diskriminierung. Ich möchte hier ausdrücklich sagen, dass ich diese nicht in Konkurrenz zu unserer bestehenden LADS sehe. Entscheidend ist aber eine klare Trennung der Rollen. Ansprechpersonen innerhalb der Verwaltung müssen die Verwaltung verändern, eine von Senat und Verwaltung unabhängige Stelle muss Verwaltung und Senat kontrollieren und zur Rechenschaft ziehen können, und die Zivilgesellschaft muss unabhängig und finanziell verlässlich abgesichert werden – hier wäre auch eine institutionelle Absicherung denkbar –, damit sie ihre Expertise einbringen und staatliches Handeln kritisch begleiten kann. Es braucht also nicht eine Stelle für alles, sondern klare Verantwortlichkeiten, klare Handlungsspielräume und unabhängige Kontrolle.

Ich komme zum Schluss: Die UN-Dekade ist kein abgeschlossenes Kapitel. Sie ist eine politische Verpflichtung. Wenn Berlin es ernst meint, braucht es jetzt die verbindliche Verankerung der UN-Dekade im Koalitionsvertrag, eine ressortübergreifende Landesstrategie gegen anti-Schwarzen Rassismus, klare institutionelle Verantwortung und einen überprüfbaren Aktionsplan, eine verlässlich finanzierte und eigenständige Zivilgesellschaft und konkrete positive Maßnahmen zum Abbau struktureller Ungleichheiten in unserem Themenfeld. Berlin hat die Möglichkeit, aus politischem Willen verbindliche Praxis zu machen. Wir setzen nach wie vor auf unsere Stadt, auf unsere Politik und auf unsere Verwaltung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen lieben Dank, Frau Kinder! – Wer möchte weitermachen? – Frau Piesche macht weiter. – Bitte sehr!

Peggy Piesche (ADEFRA e. V.): Vielen herzlichen Dank! – Auch ich bedanke mich für die Einladung und die Möglichkeit, hier über unsere Arbeit, aber vor allem über den für uns alle wichtigen Ausblick in die Zukunft zu sprechen. Ich kann hier sehr gut an meine Kollegin anschließen und werde mich vor allem auch noch mal auf die zweite UN-Dekade fokussieren.

Während der ersten UN-Dekade wurden im Land Berlin wichtige Strukturen geschaffen, Wissen aufgebaut und anti-Schwarzer Rassismus stärker auf die politische Agenda gebracht. Gleichzeitig zeigen die dokumentierten und weiterhin zahlreichen Fälle anti-Schwarzen Rassismus, dass das noch nicht ausreicht und vor allem auf der Ebene der Wirkmächtigkeit von strukturellem Rassismus noch viel Arbeit vor uns liegt. Daher müssen wir in der zweiten UN-Dekade stärker auf verbindliche interinstitutionelle Verantwortung abzielen. Das heißt vor allem, dass wir von der Förderlogik jeweils einzelner Projekte hin zu dauerhaften Strukturverankerungen und Förderungen kommen müssen. Das bedeutet auch, wie eben auch schon dargestellt, eine verbindliche politische Verankerung, eine ressortübergreifende Strategie, klare Zuständigkeiten und eine langfristige Finanzierung. Für die Wahlprüfsteine für die kommenden Landtagswahlen haben wir die Parteien gebeten, sich zu ihrer Position hinsichtlich der Verankerung der zweiten UN-Dekade in der nächsten Legislaturperiode zu äußern. Das will ich hier einmal kurz in den Raum stellen, und dann können wir das vielleicht auch miteinander besprechen. Wir haben zu der verbindlichen Verankerung der UN-Dekade gefragt, aber auch zu der Einrichtung und Verstetigung einer unabhängigen Beschwerdestelle

und der Entwicklung und Umsetzung einer Berliner Landesstrategie gegen anti-Schwarzen Rassismus.

Die CDU lehnt die Verankerung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft als eine Form zusätzlicher gruppenspezifischer Strategien grundlegend ab. Dazu möchten wir noch einmal darauf verweisen, dass die UN-Dekade von Deutschland mit ratifiziert und die zweite UN-Dekade auch mitverantwortet eingebracht wurde. Sie gibt damit auch für das Land Berlin einen internationalen politischen und menschenrechtlichen Rahmen vor. Die UN-Dekade verfolgt keine Partikularinteressen und will dementsprechend auch keine partikularen Strukturen etablieren, vielmehr geht es um eine nachholende Gerechtigkeit und das Erfassen und Schließen von Gerechtigkeitslücken. Durch die erste UN-Dekade ist es auch möglich geworden, die Verwaltung zu stärken und in ihrer Arbeit für alle Berlinerinnen zu unterstützen, und genau in diesem Geiste möchten wir auch in der zweiten UN-Dekade weiterarbeiten.

Die SPD erklärt ausdrücklich ihre Unterstützung für die UN-Dekade und konkrete Maßnahmen, sagt in ihrer Antwort aber nicht ausdrücklich, dass sie die Ziele der UN-Dekade verbindlich im nächsten Koalitionsvertrag und in allen Ressortstrategien verankern will. Dieses Engagement nehmen wir natürlich positiv auf, möchten aber noch einmal darauf hinweisen, dass sich selbiges in einem nächsten Koalitionsvertrag wiederfinden muss, um einen verbindlichen politischen Auftrag für die nächste Legislaturperiode zu schaffen, damit daraus dann auch konkrete Maßnahmen, Zuständigkeiten und Ressourcen zur Verfügung stehen.

Bündnis 90/Die Grünen sagen ausdrücklich Ja: Sie treten für eine verbindliche Umsetzung der zweiten UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft ein und haben dies auch bereits gezeigt und dargestellt, indem sie gemeinsam mit den Linken im Abgeordnetenhaus den Antrag „Nicht ohne uns – 2. UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin umsetzen“ eingebracht haben. Die Grünen begründen dies auch damit, dass es für die zweite UN-Dekade eine verbindliche Gesamtstrategie beziehungsweise einen Aktionsplan bis 2034 brauche; deshalb brauchen wir auch die zweite UN-Dekade. Dem schließen wir uns natürlich an. Das sind auch unsere Forderungen.

Die Linken unterstützen diese Forderungen auch und haben, wie gesagt, mit den Grünen diesen Antrag eingebracht.

Ich möchte zum Schluss noch einmal am Beispiel des Erinnerungsortes darauf hinweisen, wie wichtig die weitere Arbeit in der UN-Dekade ist, denn mit der Umsetzung der im Erinnerungskonzept herausgearbeiteten Aufgaben betraut die Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt die Geschäftsstelle Kolonialismus Erinnern, die an die Stiftung Stadtmuseum Berlin angeschlossen ist. Diese Geschäftsstelle versteht sich als institutionelle Schnittstelle zwischen communitybasiertem Wissen, wissenschaftlichen Forschungen, kultureller Praxis und politischer Bildung. Communitybasiertes Wissen wird dabei systematisch in strategische, programmatische und inhaltliche Prozesse eingebaut. Gerade in dieser Entwicklung zeigt sich, wie sehr die Schwarzen Berlinerinnen und Berliner, die Berlinerinnen und Berliner afrikanischer Herkunft, die afrodiasporischen Berlinerinnen und Berliner bereits seit Jahren an der Umsetzung von wesentlichen Konzepten und auch Visionen in Berlin beteiligt sind und auch mit der Senatsverwaltung hier zusammenarbeiten. – Ich belasse es erst mal dabei, und wir können dann im Gespräch noch auf weitere Punkte eingehen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen lieben Dank, Frau Piesche! – Dann hat Frau Professorin Auma das Wort. – Bitte sehr!

Dr. Maisha M. Auma (Wissensnetzwerk Rassismusforschung – WinRa –, Regionalnetzwerk Ost): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Katja Kinder und Peggy Piesche haben zwei zentrale Voraussetzungen für die Umsetzung der zweiten UN-Dekade benannt: strategische Orientierung und politische Verbindlichkeit. Ich möchte daran anknüpfen und eine dritte Dimension in den Mittelpunkt stellen: die Frage des Wissens, denn Strategien und politische Entscheidungen brauchen Wissensgrundlagen, und auch institutionelle Veränderung braucht Wissen darüber, wie gesellschaftliche Ungleichheiten entstehen, wie sie fortgeschrieben werden und wie sie verändert werden können. Mein Ausgangspunkt ist deshalb: Die Umsetzung der zweiten UN-Dekade braucht nicht nur politische Strategien, sie braucht eine entsprechende Wissensinfrastruktur.

Wir sprechen dabei nicht einfach über ein Defizit an Wissen. Berlin verfügt bereits über umfangreiche empirische und zivilgesellschaftliche Wissensbestände, etwa aus dem Afrozensus, aus Schwarzer Selbstorganisation und aus wissenschaftlicher Forschung. Das Problem ist vielmehr: Dieses Wissen ist noch nicht ausreichend strukturell verankert und wird auch noch nicht systematisch in die Regelstrukturen von Wissenschaft, Bildung und staatlichem Handeln übersetzt. Damit stellt sich auch die Frage der Verteilungsgerechtigkeit: Wer produziert gesellschaftlich relevantes Wissen? Wer verfügt über die Ressourcen dafür, und wer trägt die Verantwortung für den Wissenstransfer, also dafür, dass dieses Wissen in Institutionen und in die professionelle Praxis übersetzt wird? Diese Verantwortung darf nicht dauerhaft bei den Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Communitys liegen, denn wenn Communitys diese Arbeit immer wieder einseitig leisten, tragen sie einen wesentlichen Teil der gesellschaftlichen Transformationsarbeit, häufig ohne entsprechende Ressourcen und Absicherung.

Berlin hat allerdings bereits gezeigt, was möglich ist. 2022 und 2023 wurde mit InBEST, der Institutionalisierung von Intersectional Black European Studies im Berliner Wissenschaftsraum, ein konkretes Implementierungsvorhaben der ersten UN-Dekade umgesetzt. Dieses Projekt wurde aus Mitteln der damaligen Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung gefördert und hat Wissenschaft, Schwarze Wissensproduktion und Zivilgesellschaft miteinander verbunden. Im Mittelpunkt standen dabei drei Dimensionen: einmal epistemische Innovation, zweitens rassismuskritische Diversitätspolitik und drittens rassismuskritische Antidiskriminierungsarbeit. InBEST hat damit exemplarisch gezeigt: Wenn Schwarze Wissensproduktion institutionell anerkannt und mit wissenschaftlicher Expertise, Zivilgesellschaft und Politik verbunden wird, entsteht nicht nur neues Wissen, es entstehen neue Möglichkeiten, Institutionen zu verändern.

Genau hier sehe ich die Bedeutung von Black European Studies und insbesondere von Intersectional Black European Studies. Es geht dabei nicht lediglich darum, mehr über Schwarze Menschen zu forschen; Black European Studies schaffen einen wissenschaftlichen Raum, in dem die Geschichte und Gegenwart Schwarzer Menschen und der afrikanischen Diaspora in Europa systematisch erforscht werden können. Sie ermöglichen, anti-Schwarzen Rassismus historisch, strukturell und intersektional zu analysieren, und sie entwickeln Wissen für Bildung, Soziale Arbeit, Gleichstellungsarbeit, Antidiskriminierungspolitik und andere gesellschaftlich relevante Handlungsfelder. Black Studies sind deshalb kein Spezialinteresse einer marginalisierten Gruppe; sie sind eine Erweiterung wissenschaftlicher Qualität und gesell-

schaftlicher Problemlösungsfähigkeit. Gerade in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft ist das von Bedeutung, denn demokratische Innovation und neue Ansätze intersektionaler Gleichstellungsarbeit entstehen vielfach dort, wo marginalisierte Perspektiven systematisch Wissen produzieren und bestehende Institutionen kritisch befragen und gleichzeitig unterstützen.

Deshalb muss Wissenschaft hier nicht neben der Praxis stehen; sie muss mit der Praxis verbunden sein und zugleich institutionell Verantwortung übernehmen, und genau daraus ergibt sich für die zweite UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft eine konkrete politische Konsequenz: Was in der ersten Dekade als Projekt begonnen wurde, darf in der zweiten Dekade nicht projektförmig bleiben. Verbindlichkeit, wie Katja Kinder sie für die Landesstrategie einfordert, brauchen wir auch in der Wissensinfrastruktur. Berlin sollte die zweite UN-Dekade nutzen, um Intersectional Black European Studies dauerhaft im Berliner Wissenschaftsraum zu institutionalisieren. Das bedeutet eine verbindliche Verankerung in den Hochschulverträgen, den Aufbau dauerhaft finanzierter Professuren und Studiengänge, die Entwicklung von Forschungsverbünden und Zentren sowie verlässliche Strukturen für den Transfer zwischen Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis. Und es bedeutet auch, Schwarze Wissensproduktion institutionell als integralen Bestandteil wissenschaftlicher Qualität zu verstehen und anzuerkennen. Dabei geht es nicht darum, Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie einzuschränken; es geht vielmehr um die demokratische Verantwortung des Landes, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Wissenschaft gesellschaftliche Ungleichheiten nicht nur beschreibt, sondern zu ihrer Überwindung, zu ihrer Transformation beitragen kann.

Die zweite UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft ist deshalb auch ein politisches Handlungsfenster für die Veränderung unserer Wissensordnung, denn eine inklusive und rassistuskritische Wissensgesellschaft entsteht nicht dadurch, dass marginalisierte Perspektiven gelegentlich in bestehende Wissensordnungen aufgenommen werden; sie entsteht dort, wo diese Wissensordnungen selbst verändert werden. Mein Vorschlag ist deshalb: Machen wir die zweite UN-Dekade für die Perspektive von Menschen afrikanischer Herkunft im Land Berlin auch zu einer Dekade der Wissensinstitutionalisierung, einer Dekade, in der wir nicht nur über Teilhabe und Chancengleichheit sprechen, sondern die Wissensinfrastrukturen schaffen, die ihre Verwirklichung ermöglichen, denn Wissen ist keine Begleitmaßnahme gesellschaftlicher Transformation, Wissen ist eine ihrer zentralen demokratischen Infrastrukturen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen lieben Dank auch für Ihre Stellungnahme! – Dann hat jetzt die Senatorin das Wort für die Stellungnahme des Senats. – Bitte sehr!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden für ihren Input! Auch ich möchte einige Worte dazu sagen. Die zweite UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft steht, das wurde schon erwähnt, wieder unter dem Leitmotiv „Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung“. Das Leitmotiv ist kein Zufall, und es ist auch kein Zufall, dass es eine zweite UN-Dekade gibt, weil Rassismus kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem ist, dessen Überwindung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Die erste UN-Dekade hat uns gezeigt, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben, wenn es um die Bekämpfung von anti-Schwarzem Rassismus und die Aufarbeitung der deutschen

Kolonialgeschichte geht. Auch wenn im Koalitionsvertrag dazu kein Wort steht, bedeutete das für uns nicht, dass wir nicht daran weiterarbeiten und auch die zweite UN-Dekade einläuten. Das haben wir auch gemacht, und das war eine sehr schöne Veranstaltung, wie ich fand. Auf jeden Fall hat die erste UN-Dekade das Fundament dafür gelegt, auf dem wir natürlich auch weiterarbeiten können. Ein zentraler Meilenstein dabei war die Einrichtung der Berliner Monitoringstelle Each One Antidiskriminierung, die Fälle von anti-Schwarzem Rassismus in Berlin systematisch erfasst. Darüber hinaus ist es wichtig zu erwähnen, dass wir eine Förder säule für anti-Schwarzen Rassismus im Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus aufgebaut haben, über die zahlreiche Bildungs- und Empowermentprojekte für die Schwarzen Communitys gefördert werden konnten. Außerdem wurde ein zivilgesellschaftlicher Maßnahmenkatalog erarbeitet, der sehr umfassend ist und auf den sich der Berliner Senat auch in Zukunft wird stützen können. Die zweite UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft knüpft genau an diese Erfolge an.

Was haben wir noch gemacht, auch mit meiner Abteilung? – Wir haben zum Beispiel zentrale Handlungsfelder der zweiten UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft festgestellt, um diese zu stärken. Wir haben das Handlungsfeld bei der LADS mit einem Aufgabengebiet verstärkt; das ist wichtig. Wir haben ein Gleichstellungsbegleitgremium eingerichtet. Wir haben eine sehr vielfältige Schwarze Community in Berlin, und alle tragen natürlich maßgeblich zur kulturellen und sozialen Vielfalt der Stadt bei. Ein zentrales Projekt in diesem Zusammenhang und ein sehr wichtiges Projekt ist der Erwerb des CUZ, des Community Zentrums für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen, das wir im Rahmen einer Feierlichkeit und einer Veranstaltung, einer Tagung in diesem Jahr im Frühjahr eröffnet haben. Die SenASGIVA hat diese Veranstaltung zur Eröffnung, aber auch zur Einläutung der zweiten UN-Dekade finanziert. Durchgeführt wurde sie von EOTO und RAA. Der Erfolg war nicht vorherzusehen; es gab auch hier sehr große Hürden. Wir haben es dann aber doch geschafft, diese Immobilie erfolgreich mit 3,65 Millionen Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt durch das Land zu finanzieren. Auch Bundesmittel konnten hier genutzt werden, ich glaube, auch Lottomittel waren dabei. Alles in allem möchte ich also sagen: Es war auch hier eine Kraftanstrengung, und ich bin froh, dass es das CUZ als Anlaufstelle für viele Menschen endlich gibt.

Im Rahmen der zweiten UN-Dekade fördert mein Haus, die Abteilung IV, in diesem Jahr fünf Projekte mit einem Volumen von insgesamt fast 900 000 Euro, die sich gegen anti-Schwarzen Rassismus einsetzen. Ich nenne jetzt hier die Träger; Frau Schubert hatte ja in der Aktuellen Viertelstunde nachgefragt. Das ist zum einen der Träger ADEFRA e. V., darüber fördern wir das Community Zentrum, dann Each One Teach One e. V., das ist die Monitoringstelle, außerdem Initiative Perspektivwechsel e. V. mit dem Projekt „Auf den Spuren des Widerstands gegen Rassismus“, NARUD e. V. mit dem Projekt „SaFe – Stärkung Afrikanischer Eltern“ und Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie – RAA – e. V. mit dem Projekt „Gleichstellung verankern: Wissen und Perspektiven von Menschen afrikanischer Herkunft in Verwaltungen einbringen“. Das sind die fünf Projekte, die wir fördern.

Anti-Schwarzer Rassismus ist auch in Berlin ein reales und strukturelles Problem; wir haben es beim Volksbad gesehen. Das zeigen auch die aktuellen Zahlen. Von der zivilgesellschaftlichen Monitoringstelle des Trägers Each One Teach One e. V. wurden für das Jahr 2025 insgesamt 471 Fälle von anti-Schwarzem Rassismus in Berlin dokumentiert, 396 auf strukturell-institutioneller Ebene und nur 75 auf individueller Ebene. Das zeigt uns, dass anti-Schwarzer

Rassismus vorhanden ist und Betroffene diesem Rassismus auch begegnen, vor allem in Behörden, in der Justiz, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, aber auch im Rahmen polizeilicher Maßnahmen. Die Zahl der dokumentierten Fälle hat sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt.

Um anti-Schwarzen Rassismus wirksam bekämpfen zu können, müssen wir die Monitoringstelle weiter ausbauen, die Antidiskriminierungsberatung stärken und die Sensibilisierung der Berliner Behörden fördern. Dazu bietet natürlich die zweite UN-Dekade auch die Chance: Berlin als Vorreiter für die Umsetzung der Gleichstellung und Teilhabe Schwarzer Menschen zu positionieren. Es ist richtig, wir haben noch keinen Senatsbeschluss dazu. Wir haben aber ein Landeskonzzept, und wir haben die Maßnahmen, die ich eben aufgezählt habe. Ich kann hier zusichern, dass ich mich dafür einsetzen werde, dass das im Koalitionsvertrag für die kommende Regierung seinen Platz findet, damit wir im Rahmen des Landeskonzzepts eine Landesstrategie ressortübergreifend erarbeiten können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Senatorin, dann viel Erfolg bei den Vorhaben! – Dann sind wir jetzt in der Aussprache. Ich habe schon zwei Wortmeldungen, von Frau Schubert und Herrn Özdemir. Weitere Wortmeldungen nehme ich entgegen. – Frau Schubert, Sie starten!

Katina Schubert (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! – Vielen Dank auch an den Senat! Ich würde gerne noch mal genauer wissen, was Ihr Herangehen an eine Landesstrategie ist, denn das ist ja jetzt mehr als ein Aktionsplan. Das ist sozusagen eine Fortsetzung dessen, was die Senatorin gerade angesprochen hat, was erarbeitet werden soll, aber noch nicht in einen Senatsbeschluss gegossen ist. Ich frage das auch deswegen, weil es die letzte Sitzung ist, dann sind Wahlen, und dann sind Koalitionsverhandlungen, wer auch immer sie führt. Aber wenn wir etwas festmachen wollen und das dann auch häushalterisch fix gemacht werden soll – und darum wird es ja gehen: schon mal deutlich zu machen, wofür das Land in den nächsten fünf Jahren Geld ausgibt und wo Schwerpunkte sind –, glaube ich, ist es wichtig, möglichst genau zu beschreiben: Was brauchen wir für die nächsten fünf Jahre, um diesen anti-Schwarzen Rassismus, wie auch andere Formen von Rassismus, aber auch gerade diesen, zurückzudrängen und einzudämmen? – Ich habe das Monitoring auch genau beobachtet. Die Zahlen der Übergriffe gegen Menschen of Color sind noch höher als die der Übergriffe beispielsweise auf Menschen, die muslimisch gelesen werden. Ungefähr sechs von zehn Menschen erleben eine solche Übergriffigkeit in unterschiedlichen Formen, und das ist etwas, was diese Gesellschaft nicht hinnehmen darf. Deswegen diese Frage: Wie sehen Sie das, wie kann eine solche Strategie aussehen?

An Frau Auma noch mal die Frage zu den Intersectional Black European Studies: Ich glaube, es gibt eine großen Einigkeit, dass wir das brauchen. Gleichzeitig haben wir natürlich auch wieder eine Situation, dass die Hochschulen aus dem letzten Loch pfeifen und noch nicht mal mehr wissen, wie sie ihre Räume offen halten sollen. Gibt es schon Verhandlungen, wie man das schnellstmöglich umsetzen kann, und was ist aus Ihrer Sicht dringend notwendig, das, was wir als Schnellstes bewerkstelligen müssen, damit es nicht bei leeren Versprechungen bleibt? Das würde mich interessieren.

Dann zum Senat: Frau Senatorin hat ja schon einiges gesagt, was die Vorhaben für die zweite UN-Dekade sind. Das finde ich auch alles richtig; das müssen wir machen. Nichtsdestotrotz sind ja auch ein paar Fragen ausgelassen worden. Wir haben als Land natürlich viele Möglichkeiten zu agieren, beispielsweise im Bereich Innenpolitik. Racial Profiling ist nach wie vor ein offenes Problem; da kommt man, glaube ich, auch nicht drum herum, wenn man sich das mal ernsthaft anschaut. Nichtsdestotrotz müsste der Senat hier auch mal handeln, wenn es darum geht, mit der Polizei zu einem Commitment zu kommen, wie genau das ausgeschlossen wird, dass Menschen nur deswegen kontrolliert werden, weil sie schwarzer Hautfarbe sind oder schwarze Haare haben oder wie auch immer. Deswegen würde mich noch mal interessieren: Was ist hier jetzt passiert? Wie haben Sie darüber auch mit den entsprechenden Stellen diskutiert? Und wie entwickelt sich das jetzt durch die Neuregelung, was die sogenannten kriminalitätsbelasteten Orte und Waffenverbotszonen angeht? Denn das sind ja nun noch mal zusätzliche Anlässe, anlasslos oder verdachtslos zu kontrollieren, und das trifft dann eben auch in erster Linie Menschen, die jetzt nicht so aussehen wie ich.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Özdemir, Sie haben das Wort.

Orkan Özdemir (SPD): Vieles wurde jetzt vorweggenommen, deswegen habe ich noch zwei Fragen. In welchen Bereichen würde man das Landeskonzzept in die bestehende Landesstrategie mit einbringen? Das wäre noch mal spannend. Und: Wir erleben, dass immer neue gesellschaftliche Bereiche durch Untersuchungen – ich sage jetzt mal: – aufgedeckt werden in ihrer Intensität, wenn es um anti-Schwarzen Rassismus geht. Was ich jetzt erlebe, ist zum Beispiel, dass wir in Berlin glücklicherweise immer mehr Schwarze selbstständige Menschen, Gewerbetreibende haben, und hier eröffnen sich jetzt auf einmal neue Herausforderungen für diese Gruppe, aber natürlich auch für unsere Stadt, um dieser Diskriminierung entgegenzutreten. Welche potenziellen zukünftigen Themenfelder sehen Sie vielleicht noch, wenn Sie auf die Entwicklung blicken, mit denen wir uns vielleicht vorausschauend noch beschäftigen müssten? Gibt es da irgendwas?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Walter von den Grünen hat sich noch gemeldet. – Bitte sehr!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich hätte auch noch ein, zwei Fragen und kann gut bei Frau Schubert anknüpfen. Mich würde auch noch mal interessieren, was für Sie wichtig ist für die Landesstrategie gegen anti-Schwarzen Rassismus, wie Sie sich die vorstellen, auch institutionell oder strukturell, und wie die erarbeitet werden oder wie die zustande kommen sollte.

Sie hatten kurz das Stichwort oberste Landesbehörde gegen Diskriminierung genannt. Vielleicht können Sie noch ein paar Worte dazu verlieren, was sich genau dahinter verbirgt.

Die Frage zu den Intersectional Black European Studies hätte ich auch gestellt, insofern knüpfe ich daran an, um vielleicht noch mehr politische Hinweise zu bekommen, was die Einrichtung angeht, auch mit Blick auf die nächste Wahlperiode.

Es wurde jetzt vom Senat gesagt, dass es ein Landeskonzzept oder zahlreiche Handlungsfelder gebe. Ich weiß nicht genau, ob es dazu irgendwie eine Zusammenarbeit gibt oder Kenntnis darüber. Im Rahmen der Frage zu der Landesstrategie würde mich interessieren, ob es einen

Austausch dazu gibt, ob dieses Landeskonzzept damit matcht und zusammenpasst. Mir ist das zumindest neu.

An den Senat gerichtet eine politische Bewertung: Ich finde in der Tat auch, die Eröffnung des Schwarzen Community Zentrums ist ein großer Erfolg. Ich bin auch sehr dankbar dafür, dass das geklappt hat und mit langer politischer Vorbereitung zum Erfolg geführt wurde. Ansonsten muss ich hier einige Fragezeichen setzen. Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass wir, wie bei der Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit, an einer Stelle sind, an der einer nächsten Wahlperiode ein Paket überreicht wird, damit dort Sachen geschehen mögen, was schade ist, denn wir haben Mitte des letzten Jahres einen Antrag eingebracht, in dem wir konkret Vorschläge zur weiteren Umsetzung der zweiten UN-Dekade gemacht haben. Wir befinden uns jetzt in der zweiten Hälfte des Jahres 2026 und damit am Ende des zweiten Jahres der Dekade, wo zumindest unserem Gefühl nach nicht viel passiert ist, um diese zweite UN-Dekade umzusetzen.

Sie haben gesagt, es gebe zahlreiche Handlungsfelder in Bezug auf die Umsetzung der zweiten UN-Dekade. Mich würde noch mal interessieren, welche Handlungsfelder das genau sind, auch im Unterschied zur ersten UN-Dekade. Und eben dieses Landeskonzzept: Vielleicht können Sie auch mehr Details dazu nennen, was dieses Landeskonzzept für die zweite UN-Dekade beinhaltet und ob das der bekannte Maßnahmenkatalog ist, der im Rahmen der ersten UN-Dekade erarbeitet worden ist und jetzt sozusagen fortgeschrieben wird, oder ob das tatsächlich noch mal ein neues oder eigenes Konzept für die zweite UN-Dekade ist.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Gut! – Weitere Wortmeldungen habe ich nicht, dann könnten Sie, liebe Anzuhörende, jetzt antworten. Möchten Sie in der umgedrehten Reihenfolge drankommen? – Sie haben schon eine Reihenfolge festgelegt. Frau Piesche beginnt. – Bitte sehr!

Peggy Piesche (ADEFRA): Wir machen die Reihenfolge ein bisschen durcheinander.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Alles gut! Ich will ja nur wissen, wem ich das Wort erteilen darf. Bitte sehr!

Peggy Piesche (ADEFRA): Vielen herzlichen Dank für die Fragen! Ich fange mal an, und meine Kolleginnen werden mich dann ergänzen. – Zur Landesstrategie: Wir sind sehr froh – und arbeiten hier ja auch schon sehr lange mit dem Senat zusammen –, dass es bereits Maßnahmen und einen Aktionsplan gibt. Allerdings, wie wir ja auch in unseren Stellungnahmen dargestellt haben, bedarf es unserer Meinung nach zur Bekämpfung von anti-Schwarzem Rassismus einer dauerhaften institutionellen Verankerung, und das sehen wir nur möglich durch eine Gesamtstrategie. Das heißt, das Landeskonzzept würde Eingang finden in diese Landesstrategie. Es geht uns also nicht um etwas Konkurrenzmäßiges oder darum, dass wir etwas wegwischen wollen. Wir möchten anknüpfen. Ich glaube, dass unsere Arbeit in der UN-Dekade das auch zeigt, dass wir anknüpfen und diese Anknüpfungen in die Vertiefung bringen wollen. Das heißt, der nächste Schritt ist eine Vertiefung in diese Landesstrategie hinein. Dazu gehört auch, Bestrebungen, die von verschiedenen Seiten durchaus schon in Arbeit, in Überlegung sind, zu bündeln und gemeinsam stark zu machen. Hierbei würden wir uns gerne auch an anderen bestehenden Gesamtstrategien orientieren, sodass das auch einen Halt und eine Orientierung für die Arbeit im Land Berlin gibt, nämlich eine Verpflichtung, wenn man

zum Beispiel mit dem Senat zusammenarbeitet, zum Abbau von anti-Schwarzem Rassismus; dass das nicht stattfinden kann.

Ganz konkret gehört für uns hier natürlich die unabhängige Beschwerdestelle dazu. In einer weiterentwickelten Antidiskriminierungsarchitektur sehen wir auch einen Beitrag in der Gesamtstrategie zu anti-Schwarzem Rassismus. Auch an dem Beispiel zum Erinnerungskonzept, das ich gebracht habe, zeigt sich, dass Dinge zum Teil nebenher laufen, die dann aber in eine solche ressortübergreifende Gesamtstrategie mit einbezogen werden sollen. Das ist uns sehr wichtig. Und: Wir wollen natürlich die gesamte UN-Dekade im Blick haben, aber auch die Entwicklung darüber hinaus. Unsere Arbeit definiert sich eben nicht nur in Legislaturperioden, sondern auch in die Zukunft hinaus. Das heißt, in zehn, 15, 20 Jahren sollte eine solche Struktur auch belastbar und haltbar sein, wenn vielleicht auch einige von uns gar nicht mehr in der aktiven Arbeit sind.

Wie sollte eine solche Gesamtstrategie, Landesstrategie erarbeitet werden? – Auf alle Fälle ist es für uns wichtig, das konsultativ zu machen, das heißt, die Communitys mit einzubeziehen und nicht nur auf die bereits erarbeiteten Konzepte aufzubauen, sondern wir könnten uns das gut vorstellen, in einer Art Lenkungs-gremium zusammenzukommen, relativ zeitnah in der neuen Legislaturperiode, wenn die Energie noch frisch ist, und das dann gemeinsam mit der Verwaltung zu erarbeiten, weil dort natürlich auch das Umsetzungswissen vorhanden ist. Wir haben bis jetzt sehr gut zusammengearbeitet, und wir wollen auch gar keine Struktur erarbeiten oder hinlegen, die nicht umsetzbar ist; deswegen also noch mal anknüpfend: nicht in Konkurrenz, sondern gemeinsam und dann eben wirklich noch mal ins Detail zu gehen, zu klären, inwieweit eine Säule zum Beispiel mit der Ombudsstelle, aber eben auch eine zweite Säule für die unabhängige Beschwerdestelle gemeinsam unter einer Antidiskriminierungsstruktur arbeiten können und wie das in der Verhältnismäßigkeit ist mit der sehr starken Forderung aus der Zivilgesellschaft heraus, dass die Einzelfallberatung in diese unabhängige Struktur übernommen und eben nicht in der Senatsstruktur belassen werden sollte. Das sollten wir alles miteinander besprechen, damit wir für die Berliner Zukunft eine starke, vielleicht auch erweiterte, neue Antidiskriminierungsarchitektur aufbauen können. – Dann übergebe ich an Katja Kinder.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank! – Dann hat Frau Kinder das Wort. – Bitte sehr!

Katja Kinder (RAA): Ich wollte jetzt noch kurz zu der unabhängigen Beschwerdestelle und auch noch mal zu einer obersten Landesbehörde sagen: Wir sind immer noch am Bauen und sind gerade dabei, mit der Zivilgesellschaft, aber auch politischen Vertreterinnen und Vertretern darüber ins Gespräch zu kommen, wie so etwas aussehen könnte. Ich fange mal so an: Zum Beispiel haben wir in der Senatsverwaltung für Bildung eine Beschwerdestelle, eine Antidiskriminierungsbeauftragte, die im Moment auch die Aufgabe hat zu beraten. Das sehen wir als immer schwieriger an – da haben wir auch einfach gelernt –, weil diese Beratungsstelle, diese Antidiskriminierungsstelle für Bildung eigentlich eine sein sollte, die in Bildung, also in die Senatsverwaltung selbst hineinwirkt, um dort Strukturen so zu verändern, dass wir mit Diskriminierung an Schulen einen anderen Umgang finden, zum Beispiel auch unter Einbeziehung der Schulaufsichten. Das sind eher solche Sachen, die uns vorschweben.

Dann hatten wir auch noch darüber nachgedacht – ich springe jetzt einfach ein bisschen; Sie müssen einfach mit mir mitgehen –, zu sagen, dass die Community, also die Träger tatsäch-

lich noch mal anders abgesichert werden müssen. Wir können nicht in dieser Projektelogik denken; das sage ich jedes Mal. Ein historisch gewachsenes Ungleichheitsverhältnis wie anti-Schwarzer Rassismus ist nicht in Projektförderung zu denken. Hier brauchen wir ein Stück weit mehr Sicherheit und müssen schauen, wie wir die hinbekommen, zum Beispiel über eine spezielle Fördersäule, und auch ein bisschen mehr Zeit. Vorhin wurden schon die Maßnahmen benannt. Wir haben zum Beispiel auch ein Projekt, das ganz speziell in die Verwaltung hineinwirken soll und das bei uns abgerufen werden kann, um die Verwaltung in dem Themenfeld zu begleiten. Die Verwaltung kommt aber sehr wenig auf uns zu, und das liegt nicht an uns, sondern das liegt an der Verwaltung. Es geht darum, hier noch mal eine Umkehrung zu bringen, weil es häufig so ist, dass wir sozusagen die Zahlen liefern müssen, und wenn wir sie nicht liefern, dann heißt es: Ihr arbeitet nicht gut. – Wir hätten gerne eine Umkehrung: mehr Verantwortlichkeit in der Verwaltung und auch die Verwaltung dazu – ich will jetzt nicht sagen „zwingen“, aber sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und zu zeigen, dass es nicht nur darum geht, Antidiskriminierungspunkte, Diversitätspunkte zu sammeln, sondern dass es darum geht, ganz klar zu belegen, was gemacht wurde in Hinblick auf anti-Schwarzen Rassismus.

Ich habe noch ein paar andere Sachen zu sagen, Moment! – Das Gleichstellungsbegleitgremium, die acht Expertinnen und Experten, die dort arbeiten, die Geschäftsstelle, ist bei uns an der RAA angedockt. Weil Herr Özdemir gefragt hat, was besonders wichtig ist: Solche Instrumente sind uns extrem wichtig, weil die ein Stück weit gewährleisten, dass wir in einer Unabhängigkeit bleiben; einer größtmöglichen Unabhängigkeit, wenn man an einen Träger angeschlossen ist plus in der Projektförderung gedacht wird, obwohl dieses Gremium sehr viel mehr ist als ein Projekt. Es wirkt ganz anders, es wirkt strategisch und politisch. – Das fällt mir jetzt erst mal dazu ein.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Kinder! – Dann Frau Professorin Auma, bitte!

Dr. Maisha M. Auma (WinRa): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Bevor ich kurz die Antworten meiner Kolleginnen auf die Fragen von Katina Schubert, Orkan Özdemir und Sebastian Walter ergänze, wollte ich mich gerne erst mal bei Ihnen, Frau Senatorin Kiziltepe, für die klaren Worte zur Volksbühne bedanken. Um einfach noch mal auf den Boden der Tatsachen zu kommen: Es ging um ein paar Stunden an einem Freitag. Ich kann das nicht oft genug sagen: Für mich ist das Charmante an Berlin, dass es so viele verschiedene Angebote gibt, unterschiedliche Satelliten, und dass ich dann eigentlich zu müde bin, um zu den Sachen zu gehen, und immer sehen muss, was ich schaffe, weil an demselben Tag gleichzeitig drei Sachen sind. Es gibt so ein reichhaltiges Angebot in Berlin, und es leuchtet mir nicht ein, dass es Personen gibt, die genau an diesem Freitag in den vier Stunden, in denen es um ein Angebot für Schwarze Kinder und Jugendliche ging, schwimmen zu können, alle jetzt auf einmal schwimmen gehen wollen. – [Katina Schubert (LINKE): Und genau dort!] – Und genau dort; also es gab auch nirgends etwas anderes, wo man schwimmen kann, bei den tausend Seen, die wir in Berlin haben. Ich möchte das kurz halten. Die klaren Worte haben mir gutgetan. Es gibt eine Tendenz zu rechtspopulistischen Culture Wars, Kulturkämpfen, wobei es darum geht, dort, wo Leute irgendwas gemacht haben – und das muss nicht perfekt sein –, dort, wo etwas gebaut worden ist – Menschen bauen, klar passieren Fehler; Fehlerfreundlichkeit ist wichtig –, nicht selber etwas zu bauen, sondern darauf zu springen, wenn irgendwas gebaut wor-

den ist, und dann zu sagen, was alles daran nicht stimmt, und das zu zerfleddern. Das geht mir, ehrlich gesagt, sehr auf die Nerven. Daher: Danke für die klaren Worte!

Zu Katina Schubert – ich fange einfach mal an, denn es gab Überschneidungsbereiche in den Fragen –: Was für ein Instrument ist die Landesstrategie? – Es geht darum, eine bestimmte Wirkungsqualität zu erreichen und auch ein Aggregat zu bauen. Um die Antwort vorwegzunehmen: Es geht um ein resilientes Instrument, denn wir haben in der Regel solche kurzen Zeitfenster, die eine bestimmte Verbindlichkeit erzeugen. Wir sind spät in die erste UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft eingestiegen, erst 2018, obwohl die Dekade 2015 begann. Berlin war wirklich die Vorreiterin in dieser ganzen Entwicklung in den 16 Bundesländern und auch noch mal im Vergleich zur Bundesebene. Die Bundesebene hat es erst 2022 geschafft. Dann hat die Bundesebene eine Geschäftsstelle einberufen und hat einen Beirat gegründet, der auch aufgrund der vorgezogenen Wahlen auf Bundesebene nur so kurz arbeiten konnte, und dann gab es einen Wechsel mit diesem – ich nenne das mal: – Umbau/Umbruch im Programm „Demokratie leben!“. „Demokratie leben!“ war nämlich das Vehikel, das wir benutzt haben, um über die Partnerschaften für Demokratie wirklich nicht nur an den sozialen Gruppen, die am meisten Macht haben, die privilegiert sind – – Ich gehöre innerhalb der Schwarzen Community zu einem Teil, der privilegiert ist; an mir darf man das also nicht messen, ob die Maßnahmen wirken, sondern es gibt mehrere Vulnerabilitäten dahinter, und das haben die Partnerschaften für Demokratie versucht. Das ist gescheitert, weil wir uns offenbar in den wissenschaftsfeindlichen und die Demokratie angreifenden Zeiten, in denen wir leben, einen Umbruch oder Umbau leisten können. Ich kürze das ab, weil auch hier mein Verständnis tatsächlich – – Es geht also um ein resilientes Instrument.

Dann zum Berliner Wissenschaftsraum, der mir sehr am Herzen liegt. Ich habe mich in unterschiedlichen Formen bei der Berlin University Alliance beteiligt, und mir ist klar, welche Probleme, auch die havarierten Gebäude – – Heute habe ich gelesen, dass dieses Modell, die Baumaßnahmen auf einen guten Weg zu bekommen, offenbar nicht realisierbar ist. Mir ist also klar, in welcher engen Lage wir handeln. Nichtsdestotrotz können wir, wenn wir Wissensgesellschaft ernst nehmen und auch auf eine bestimmte Art mithalten wollen, ja nicht warten, bis alle havarierten Gebäude gemacht sind, sondern wir müssen immer nach dem Motto „sowohl als auch“ handeln, also sozusagen immer gleichzeitig, und schauen, welches Modell umsetzbar ist. Jetzt komme ich auf das Konkrete, bevor ich Sie alle verliere: In den Jahren 2022 und 2023 ist es uns – Peggy Piesche, Katja Kinder und mir, formal mit Katja Kinder als Geschäftsführerin der RAA Berlin; das ist eigentlich sozusagen unsere Andockstation, also der Ort der größten Stabilität – also jetzt nicht, um dich, Katja, damit zu belasten – in Zusammenarbeit und Verhandlung gelungen, eine Kooperation mit der TU Berlin aufzubauen, mit dem ZIFG, dem Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, mit Prof. Hanna Meißner und dann mit der Yale University in New Haven im ... [unverständlich] Kontext in den USA mit Prof. Fatima El-Tayeb, und dann gehört zu unserer Runde noch Dr. Denise Bergold-Caldwell. Wir haben also wirklich in mühseliger Kleinarbeit ein Modell entwickelt, das jetzt nur auf Communitybasis weiterarbeitet, mit Intersectional Black European Archives. Es gab also einen Abbruch, deswegen geht es darum, Instrumente zu entwickeln, die eine bestimmte Kontinuität erlauben und die auch in größeren Zeiträumen denken.

Hier würde ich Sebastian Walters Wortmeldung zur Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit und zur Gleichstellung queerer Menschen und queeren Lebens aufgreifen. Tatsächlich geht es darum, langfristiger zu denken, der Verwaltung sagen zu können,

wo das steht, ihr also eine bestimmte Verbindlichkeit für ihr Handeln zu geben und darüber die Frage der Professionalisierung zu ermöglichen. Unser Ansatz ist immer, an den Instrumenten, die es schon gibt, anzudocken. Wir arbeiten sowieso intersektional und sind über jedes Instrument, das schon da ist und eine gewisse Resilienz hat, glücklich und sind hier auch ansprechbar, also offen für Austausch.

Ich möchte zum Ende kommen und wollte noch mal zu Orkan Özdemirs Frage kommen, auch eine sehr spannende Frage: Was sind die Felder, die wir jetzt noch mal in den Blick nehmen? – Diese Frage der demokratischen Resilienz ist eine Frage, die so stark in Schwarzen Bewegungen, die ohnehin gesellschaftskritisch sind – – nicht im Sinne von „Gesellschaft ist schlecht“ und alles schlechtzumachen und Kulturkampf und an allem herumzumeckern und zu sagen: Wieso machen die das so? –, also nicht in dem Sinne, sondern wirklich – – Das ist auch in der NaDiRa-Studie zum Schwerpunkt Gesundheit herausgekommen, dass vulnerabilisierte Gruppen ein bestimmtes Potenzial haben, die Fragilität von Gesellschaft – es ging damals um das Gesundheitssystem, während der Covid-19-Pandemie – – Es geht nicht darum, alles gut zu finden, aber es geht darum, bevor wir das Leben anderer Menschen gefährden – Making Measles Great Again, zum Beispiel –, also bevor das das Ergebnis ist, Institutionenkritik zu leisten, aber diese Institutionen auch gleichzeitig zu schützen. Ich würde sagen, vulnerabilisierte Menschen, Menschen mit wenig sozialer Macht sind auf eine bestimmte Art – – Nicht nur sind sie systemrelevante Arbeiterinnen und Arbeiter gewesen und haben mit ihren Körpern zwischen mir – ich will nicht für alle sprechen – und der Gefahr, mich und meine Familie, meine Angehörigen anzustecken, gestanden – – Dafür gebührt ihnen Anerkennung und auch Schutz und eine gerechte Entlohnung.

Was ich damit versuche zu sagen, ist, dass vulnerabilisierte Communitys, vor allem rassistisch vulnerabilisierte, negativ von Rassismus betroffene Communitys eine Ressource sind, in dem, wie wir mit Institutionen leben, die für uns nicht hundertprozentig funktionieren, die teilweise nur zu 10 Prozent für uns funktionieren. Das sind die neuen Themen. Da sind auch Themen von Professionalisierung drin, und weil mein Herz nicht nur bildungswissenschaftlich schlägt, sondern meine erste Ausbildung Soziale Arbeit ist: Ich glaube, dass in der Sozialen Arbeit in dieser Zeit von Polarisierung und Desintegration wirklich „juice“ drin ist – ich weiß nicht, wie ich das sagen soll; da steckt etwas drin über demokratische Resilienz. – [Zuruf] – Musik! Musik nehme ich auch. Da ist tatsächlich Musik drin, da ist Saft drin, dass wir hier im Sinne der demokratischen Resilienz auf der Expertise von Schwarzen Communitys aufbauen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank für Ihre Antworten und Stellungnahmen! – Jetzt hat die Senatorin die Möglichkeit, die Fragen, die an sie gestellt worden sind, zu beantworten.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank für die Fragen! Eigentlich hat Peggy Piesche das ganz gut eingeordnet und sortiert, wie ich finde. Ich hatte ja berichtet, was wir alles gemacht haben: Wir haben einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, und ich habe gesagt, wir haben das Handlungsfeld anti-Schwarzer Rassismus in unserem Landeskonzert ausgebaut und verstärkt. Das Landeskonzert ist das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, und wir wollen eine Landesstrategie, die dann ressortübergreifend ist, im Rahmen dieses Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus erarbeiten. Dieser Maßnahmenkatalog,

der sehr umfangreich ist und sich ja auch an die verschiedenen Senatsverwaltungen richtet, soll die Grundlage für diese Landesstrategie sein.

Dann gab es noch die Frage zu Racial Profiling. Ja, das ist ein Phänomen, das es gibt. Auch hier fördern wir unter diesem Gesichtspunkt ja Projekte. Wenn es Fälle gibt, können sich die Betroffenen natürlich auch an die Ombudsstelle wenden. Sie können sich an ReachOut, an EOTO, an das ADNB wenden. Wir fördern diese Projekte. Racial Profiling ist hier ausdrücklich auch als Phänomen genannt. Darüber hinaus finanzieren wir das Projekt NetZPol in einer Kofinanzierung; „Demokratie leben!“ ist dort auch dabei. Das ist angesiedelt bei der Stiftung SPI. Dieses NetZPol-Projekt bringt eben Zivilgesellschaft und Akteurinnen und Akteure und Polizei zusammen. Das ist, wie ich finde, ein sehr gutes Projekt. Racial Profiling steht natürlich als Phänomen im Mittelpunkt.

Ach, eines habe ich vergessen. Weil ich vorhin auch gesagt habe, die Fälle sind überwiegend institutionelle, strukturelle Rassismusfälle: Unsere Diversity-Landesstrategie, die wir vor einigen Monaten beschlossen haben, sensibilisiert ja auch ressortübergreifend für den Bereich Diversity, Ansprache et cetera pp. Das ist also auch noch mal wichtig.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Erst der Staatssekretär Max Landero, danach Frau Schubert.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA): Ich wollte nur ergänzen, dass wir darüber hinaus – das würde jetzt ein bisschen den Rahmen sprengen – natürlich bei vielen unserer Maßnahmen intersektional denken. Das bedeutet, dass wir natürlich die Perspektive Schwarzer oder afrodiasporischer Menschen immer wieder mitdenken. Ich erinnere nur daran, dass wir beispielsweise im Partizipations- und Integrationsprogramm, in der Senatsverwaltung für Integration, aber natürlich auch in anderen Bereichen, beispielsweise bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, immer wieder Anknüpfungspunkte haben, die wir jetzt hier nicht vollumfänglich darstellen können, weil wir uns hier sehr stark auf das Politikfeld Antidiskriminierung beschränken. Aber das wollte ich nur noch mal mitgeben, dass wir hier nicht alles darstellen können, was es im Land Berlin an weiteren Maßnahmen, Projekten oder auch Strategien gibt. Deswegen ist das auch so umfangreich. Wenn das zusammengefasst und systematisiert wird, ist das schon auch ein Kraftakt. Und insbesondere ist uns natürlich auch immer die zivilgesellschaftliche Begleitung eines solchen Prozesses wichtig.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Schubert, dann haben Sie das Wort.

Katina Schubert (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich finde das ja auch alles gut. Trotzdem muss ich jetzt noch mal nach dem Racial Profiling fragen, denn es ist ja sehr schön, wenn sich Betroffene beschweren und an die entsprechenden Stellen wenden können – bei EOTO und ReachOut haben wir natürlich immer das Problem mit der Förderung: Klappt sie, oder klappt sie nicht? –, aber schön wäre es ja, wenn sie sich gar nicht beschweren müssten. Das heißt, die Frage zielt auch darauf, intersektional: Welchen Austausch gibt es mit der Senatsverwaltung für Inneres, mit der Polizei darüber, wie sie agiert, wenn zum Beispiel sogenannte kbO ausgewiesen werden, wenn anlasslose Kontrollen durchgeführt werden? Wie wird hier geschult, damit nicht jeder, der zufällig schwarze Haare oder eine schwarze Hautfarbe hat, erst mal kontrolliert wird, denn er könnte ja ein Dealer sein – um das jetzt mal auf den Punkt zu bringen –?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Senatorin, bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Wir hatten ja einige Fälle – die kann ich jetzt hier nicht aufzählen – bei der Ombudsstelle. Die Ombudsstelle ist die Stelle, die dann an die Senatsverwaltungen herantritt. Wir hatten ja auch einen Fall, in dem es einen Vergleich gab. Es ist auch in der Zuständigkeit der Ombudsstelle, wenn Menschen, die von Rassismus, auch von Racial Profiling betroffen sind, sich an die Ombudsstelle wenden. Vor ein paar Monaten hatten wir einen Fall, in dem die Senatsverwaltung für Inneres Schadensersatz zahlen musste. Da wir noch keine Landesstrategie haben, kann ich als Senatsverwaltung nicht die Senatsverwaltung für Inneres abfragen: Was macht ihr da? – Wir bieten natürlich über unsere LADS-Akademie Schulungen an und so weiter. Über die konkreten Fragen müsste man im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung sprechen, aber jetzt sind wir am Ende der Legislaturperiode. Mein Punkt ist eben: Wenn wir eine Landesstrategie erarbeiten, sitzen alle am Tisch, und alle Themen werden dort ressortübergreifend besprochen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat jetzt Frau Ünsal das Wort.

Eren Ünsal (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ein Kommentar von der Seite: Tatsächlich betrachte ich das schon als einen sehr großen Erfolg, dass wir überhaupt über Racial Profiling mit der Berliner Polizei und auch mit der Senatsverwaltung für Inneres sprechen können, dass wir das Thema benennen können. Vor zehn Jahren waren wir da an einem ganz anderen Punkt. Tatsächlich hat dazu beigetragen, dass wir immer wieder in den Austausch gegangen sind und Fortbildungen mit einschlägigen Akteurinnen und Akteuren bei der Berliner Polizei oder bei der Senatsverwaltung für Inneres durchgeführt haben und immer wieder auch in den Fachaustausch gegangen sind. Ich denke, das ist schon mal ein ganz wichtiger Schritt, dass da auch eine Offenheit für den Austausch vorhanden ist. Ich hoffe, dass wir das in der nächsten Legislaturperiode auf eine etwas strukturiertere oder – wie sagt man? – nachhaltigere Ebene heben können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Gut! – Dann habe ich jetzt alle Wortmeldungen drangenommen, und ich denke, wir können diesen Punkt hier an dieser Stelle abschließen. Ich danke allen, die hier zum Thema beigetragen haben. Ich danke insbesondere den Anzuhörenden dafür, dass sie sich Zeit genommen haben, ich danke aber im Namen des Ausschusses auch den Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, die das Ganze dann auch umsetzen. Dann können wir das so abschließen. – Es widerspricht mir keiner von Ihnen, dann machen wir das so.

An die Anzuhörenden: Wenn Sie Interesse haben, können Sie noch weiter unserer Sitzung folgen, ansonsten viel Erfolg bei dem, was Sie heute noch so vorhaben. Vielen Dank!

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Nach Kahlschlag durch den Bund: Zugang zu Integrationskursen für geflüchtete Menschen sichern
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0249](#)
IntGleich

- b) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/3033
Integrationskurse erhalten – echte Teilhabe ermöglichen!
[0259](#)
IntGleich
ArbSoz*
BuEuMe(f)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Berufsbezogener Spracherwerb – Stand und Maßnahmen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
[0217](#)
IntGleich
- Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 27.11.2025
- d) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/3428
Sprachförderung sichern – Berliner Handlungsspielräume für den Zugang zu Integrationskursen konsequent nutzen
[0282](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/3101
Keine Inhaftierungen im Ankunftszentrum TXL: GEAS humanitär umsetzen, Kinder- und Jugendschutz sicherstellen
[0265](#)
IntGleich(f)
InnSichO*
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Nach der Einführung des GEAS – Stand der Umsetzung in Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
[0274](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/3386
Die Zeit ist jetzt: World Pride 2032 in Berlin
[0276](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Faire und kontrollierte Anwerbung von
Auszubildenden aus Nicht-EU-Ländern: Stand der
Berliner Maßnahmen und weiterer
Handlungsbedarf**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0278](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Inhaltsprotokoll und Beschlussprotokoll.